


Das rote Ginkgoblatt



März 2012 // 212. Ausgabe

Zeitung für Mitglieder und
SympathisantInnen des
Kreisverbandes Apolda-Weimar

DIE LINKE.



Michael Schade
ist der Kandidat
unserer Apoldaer
Linkspartei bei den
Bürgermeisterwahlen
am 22. April 2012:

Für ein

soziales

Apolda

Von der 1. Konferenz der Mitgliederverantwortlichen in Kassel:

Wir sind Linke und wollen mehr werden

„Zunächst müssen wir die Frage beantworten: Warum wollen wir neue Mitglieder gewinnen?“, so lautete eine Frage einer Genossin auf der 1. Konferenz der Mitgliederverantwortlichen in Kassel. Diese war an diesem Samstag, dem 25. Februar 2012 nur eine von vielen Fragen. Aber eine wichtige, so finde ich auch.

Weimar. // Die Mitgliederverantwortlichen der Kreise trafen sich im Hotel „Schweitzer-Hof“ und wurden von der Tagesleitung in Person von Pascal Meiser zunächst durch einen Inputvortrag von Steffi Hampe und Mario Wolf und später in eine Workshop-Phase geführt. Es drehte sich alles rund um das wichtige Thema für die Zukunft: (Neu-)Mitgliederbetreuung.

Was sich an diesem Tag wieder herausgestellt hat: DIE LINKE ist noch sehr lernfähig. Es wurde viel kritisiert. Aber ich möchte natürlich auch nicht die Dutzende an positiven Erfahrungen unterschlagen. Eine wichtige Erkenntnis des Tages war auf jeden Fall: Wir müssen als Partei neben einem ständigen Werben um Mitgliedschaften versuchen, über genau ausgearbeitete Kampagnen zu potentiellen Neumitgliedern zu kommen. Da dies aber kein Mensch alleine schafft, wäre dafür ein Team gut, das sich nur auf die Fahnen schreibt: Mitglieder gewinnen und weiter vermitteln.

Denn Neumitglieder müssen ankommen in der Partei, sie müssen sich einbringen können, wenn sie das wollen. Und mit das Wichtigste: wir müssen ihnen dabei auch helfen. Es gibt nichts Schlimmeres, als Mitglieder, die sich aktiv beteiligen wollen, aber nicht können.

nen. Da bin ich auch beim nächsten: Die allgemeine Kommunikation muss ausgebaut werden. Das Klima der Parteibasis muss stimmen und einladend sein. Ich denke, unser Kreisverband ist da (wieder) auf einem guten Weg.

Zur Ausgangsfrage, warum wollen wir eigentlich neue Mitglieder? Ich denke, diese Antwort sollte jeder für sich

selbst beantworten. Aber meine Auffassung ist, dass wir eine Gesellschaft verändern wollen, dafür braucht es auch die Masse, die daran interessiert ist und sich einsetzt. Wenn ich mir so manche Statistiken ansehe, frage ich mich: Wo sind unsere Mitglieder? Unsere Themen sind jene, die die Menschen bewegen und trotzdem kommen sie nicht in unsere Partei.

Also liebe GenossInnen – lasst uns anpacken! Unsere erste kleine Kampagne können wir in der Reihe der Fußballturniere etablieren. ■

VON ERIC FRIEDRICH

Mitglied werden: <https://www.die-linke.de/mitgliedschaft/eintreten/eintrittserklaerung/>

Video Mitgliederwerbung: http://www.youtube.com/watch?v=IjdRh3BLPqU&feature=player_embedded

www.die-linke-apolda-weimar.de

Thüringen Links das linke Infoportal *

Redaktion ThüringenLinks // Eugen-Richter-Straße 44, 99085 Erfurt
Fax: (0361) 6 01 11 41 // E-Mail: redaktion@thueringenlinks.de

www.thueringenlinks.de

Impressum: HERAUSGEBER: Kreisverband Apolda-Weimar DIE LINKE., Marktstraße 17, 99423 Weimar // ERSCHEINUNGSWEISE: Das »Rote Ginkgoblatt« erscheint monatlich // AUFLAGE: 875 // REDAKTION: Frank Lange (V.i.S.d.P.), Reiner von Zglinicki (Gesucht werden dringend weitere RedakteurInnen.) // LEKTORAT: Julia Sieber, Bärbel Scharm // VERTRIEB: Hans-Jürgen Fuchs // Namentlich gekennzeichnete Artikel und Leserbriefe stimmen nicht unbedingt mit der Meinung der Redaktion überein. Allein die Autoren tragen für ihre jeweiligen Beiträge die Verantwortung // Gestaltung: © Uwe Adler, Weimar **Kontakt:** Kreisverband Apolda-Weimar DIE LINKE., Marktstraße 17, 99423 Weimar, Telefon: (0 36 43) 20 26 45 Fax: (0 36 43) 20 26 13, E-Mail: die-linke-apolda-weimar@t-online.de, Internet: www.die-linke-apolda-weimar.de // GESCHÄFTSSTELLE WEIMAR: Montag-Donnerstag 10-16 Uhr, Freitag 10-13 Uhr // SPRECHZEITEN KREISVORSITZENDER: Mittwoch 16-18 Uhr // SPRECHZEITEN SCHATZMEISTERIN: erster und dritter Donnerstag im Monat 15-16 Uhr // FRAKTION IM STADTRAT WEIMAR: Goetheplatz 9b, 99423 Weimar, Telefon: (0 36 43) 20 26 45 // BÜRGERBÜRO MDB DR. LUC JOCHIMSEN: Marktstraße 17, 99423 Weimar, Telefon: (0 36 43) 49 92 54, Fax: (0 36 43) 77 71 98 // WAHLKREISBÜRO MDB KERSTEN STEINKE: Teichgasse 15/17, 99510 Apolda, Telefon: (0 36 44) 5 30 44 20, Montag+Donnerstag 10-14 Uhr, Dienstag 9-16.30 Uhr // BEITRÄGE UND SPENDEN: Konto: 301 013 608, Bankleitzahl: 820 510 00, Sparkasse Mittelthüringen (bitte Zahlungsgrund angeben!)

BERICHT AUS DEM WEIMARER WAHLKAMPF

AmtsInhaber Oberbürgermeister Stefan Wolf:

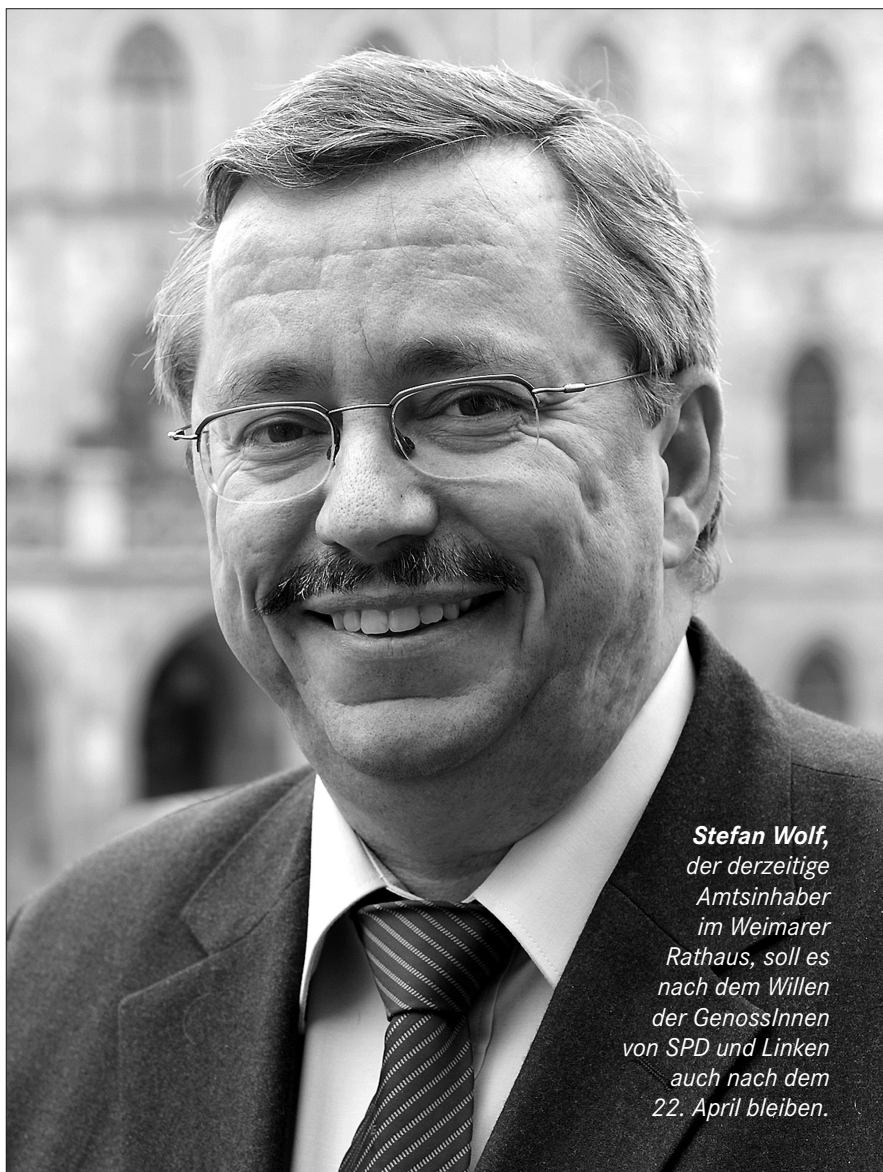
Ein Gemeinsamer OB-Kandidat

Am Montag, dem 20. Februar 2012 trafen sich Genossinnen und Genossen der LINKEN. aus Weimar, um zu entscheiden, ob sie in Weimar den Oberbürgermeister-Kandidaten der SPD, Amtsinhaber Stefan Wolf, auch als ihren Kandidaten trägt.

Weimar. // Zu Beginn der Veranstaltung erläuterte der Kreisvorsitzende Frank Lange die Ausgangssituation, die dazu geführt hatte, dass Gespräche zwischen der LINKEN. und der SPD in Weimar aufgenommen wurden, um über eine gemeinsame Wahlplattform und einen gemeinsamen Kandidaten für die OB-Wahl am 22. April 2012 in Weimar zu reden. Da für die LINKE., die SPD und den OB-Kandidaten Stefan Wolf „alles für die Wirtschaft“ nicht der politische Schwerpunkt ist, kamen die Gespräche für eine gemeinsame Wahlplattform sehr zügig voran. Frank Lange verwies darauf, dass die gemeinsamen Positionen sehr schnell gefunden wurden. Dazu gehören u. a.:

- keine Privatisierung kommunalen Eigentums,
- die Sicherung der Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge durch die Kommune selbst,
- die breite Förderung der Breiten- bzw. Soziokultur,
- die Einführung einer „Kulturloge“,
- die Verteidigung der „freiwilligen Leistungen“ der Kommune,
- die Errichtung des Bürgerzentrums Weimar-Nord,
- die Erhaltung und der Ausbau des Sozialtickets,
- die Schaffung guter Lebensbedingungen auch für Asylbewerber (Bargeld statt Gutscheine, Ausbau der dezentralen Unterbringung, gute Gesundheitsversorgung),

FORTSETZUNG NÄCHSTE SEITE



Stefan Wolf, der derzeitige Amtsinhaber im Weimarer Rathaus, soll es nach dem Willen der GenossInnen von SPD und Linken auch nach dem 22. April bleiben.

FOTO: © STABSTELLE KOMMUNIKATION UND PROTOKOLL DER STADT WEIMAR

BERICHT AUS DEM WEIMARER WAHLKAMPF

FORTSETZUNG VON SEITE 3

- die Verhinderung der Verdrängung von Bevölkerungsschichten aus Wohngebieten durch Mietsteigerungen,
- die Prüfung und Entwicklung neuer Wohngebiete,
- der weitere Ausbau der Familienfreundlichkeit der Stadt,
- die Gründung weiterer Gemeinschaftsschulen,
- die Verhinderung der Kommunalisierung der Horte,
- keine Kürzung des Jugendetats,
- der Umbau des kommunalen Versorgers zum Energieerzeuger,
- die Initiative „Fair Trade“ unterstützen,
- die Schaffung guter Bedingungen für den organisierten und nicht-organisierten Sport,

- den Ausbau der Beteiligungsmöglichkeiten für alle Bürgerinnen und Bürger,
- den Sozialabbau abwehren und die weitere Entschuldung der Stadt vorantreiben.

In seiner Vorstellung verwies Stefan Wolf als amtierender Oberbürgermeister auf die bisherige gute und konstruktive Zusammenarbeit mit der Fraktion DIE LINKE. im Weimarer Stadtrat als zuverlässigem und sachorientiertem Partner. Der Erhalt der Weimarer Wohnstätte als kommunales Unternehmen und die Sicherung des DNT nannte er als herausragende Beispiele für gemeinsames Agieren.

Anschließend erläuterte er seine Positionen bzw. Ziele, die er nach seiner Wahl als Oberbürgermeister verwirklichen möchte. Dazu gehören u.a. die Rückkehr der Stadtwirtschaft in das Tarifsysteem der öffentlichen Arbeitgeber, die Weiterführung des „Rendezvous mit der Geschichte“, die Gestaltung der städtischen Wohnungspolitik mit der Weimarer Wohnstätte, die Weiterführung der Schulsanierung und die Errichtung eines „Hauses der Demokratie“ als Lernort für Demokratie.

Auch die Besonderheit Weimars als einer Stadt, die für die Höhen und Tiefen in der deutschen Geschichte steht, wird weiter in seiner Politik einen breiten Raum einnehmen.

Die anschließende Diskussion brachte neben einer breiten Zustimmung für die gemeinsame Wahlplattform und den gemeinsamen Kandidaten Anregungen für die weitere parlamentarische Arbeit im Weimarer Stadtrat.

In der Abstimmung sprachen sich alle Anwesenden für den gemeinsamen OB-Kandidaten Stefan Wolf aus. Damit setzte DIE LINKE. für den bevorstehenden Wahlkampf ein deutliches Signal in Richtung einer sozial gerechten, kinder- bzw. familienfreundlichen und kulturell vielfältigen Stadt, die sich auch in der Zukunft durch hohe Lebensqualität auszeichnet. ■

VON DIRK MÖLLER

Hinweis: Eine vollständige Übersicht der gemeinsamen Wahlplattform findet man im Internet unter www.wolf2012.de („Ziele“).

Kersten Steinke, MdB:

Leiharbeit vernichtet Arbeitsplätze

Die Ausuferung der Leiharbeit und die damit verbundene Vernichtung regulärer Arbeitsplätze hat sich gerade in Thüringen verstärkt durchgesetzt.

Kersten Steinke
Mitglied des Bundestages



FOTO: © LINKSFRAKTION

War diese eigentlich als Mittel gedacht, Firmen zu entlasten, in dem sie bei Auftragsspitzen Personal beschäftigen konnten, welches nicht fest eingestellt werden musste, hat sich dies in den letzten Jahren gewandelt. Beschäftigungszeiten von drei oder vier Jahren dürften wohl kaum kurzfristigen Auftragsspitzen entsprechen. Unverständlich ist dabei der Aufschrei von Thüringens Wirtschaftsminister Machnig, denn es war gerade die SPD, die an der Aufweichung der Regelungen beteiligt war.

Auch im Wahlkreis verdeutlichen die Zahlen die negativen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Belegbare Daten kann aber selbst die Bundesagentur für Arbeit aktuell nur bis zum 1. Halbjahr 2011 zur Verfügung stellen. So kamen im Januar 2011 im Kyffhäuserkreis 17,5 Prozent aller gemeldeten offenen Stellen aus dem Bereich der Leiharbeit, in Sömmerda waren es 22,3 Prozent und im Weimarer Land sogar 38 Prozent. Fast jeder zweite Arbeitnehmer im Wahlkreis hatte einen Verdienst unterhalb der bundeseinheitlichen Niedriglohnschwelle (Kyffhäuserkreis: 48,6 Prozent, Sömmerda: 49 Prozent, Weimarer Land 46,3 Prozent). Dies lag vor allem an den Leiharbeitsverhältnissen, thüringenweit lagen 91,2 Prozent der Leiharbeiter unterhalb dieser Grenze (für den Bereich meines Wahlkreises wurden keine Werte ausgewiesen).

Kommunale Privatisierungen stoppen!

Denn Privatisierung ist Diebstahl öffentlichen Eigentums
www.die-linke-thueringen.de

Die linke Zeitung für Politik, Arbeit, Soziales und Kulturelles in Thüringen

Mit
PARLAMENTS-REPORT
direkt aus dem
Landtag

Abo-Kontakt:
UNZ-Verlagsgesellschaft mbH
Eugen-Richter-Straße 44 · 99085 Erfurt
Telefon: (03 61) 731 5795 · verlag@unz.de



www.unz.de

Die LINKE. verlangt für Leiharbeiter gleiche Arbeitsbedingungen und Löhne wie für die regulären Mitarbeiter dieser Firmen. Außerdem soll ein Einsatz von Leiharbeitern auf drei Monate begrenzt werden, ansonsten müssen reguläre Arbeitsverträge abgeschlossen werden. ■

Krankenhausinfektionen:

In der Koalition nach wie vor ein Tabuthema

Der Deutsche Patienten-Schutzbund e.V. hat beim Deutschen Bundestag eine Petition zur Abwehr zunehmender Krankenhausinfektionen eingereicht.

Während DIE LINKE. die Petition unterstützt, sieht die Regierungskoalition keinen Handlungsbedarf.

Nach Schätzungen der Deutschen Gesellschaft für Krankenhaushygiene sterben in Deutschland jedes Jahr mehr Menschen an Krankenhausinfektionen als an den Folgen von Verkehrsunfällen, illegalen Drogen und AIDS zusammen.

„Es geht um bis zu 40 000 Todesfälle pro Jahr“, so Kersten Steinke, Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE. aus Bad Frankenhausen. Im europäischen Vergleich ist das Risiko, sich in einem deutschen Krankenhaus neben der eigentlichen Krankheit noch eine schwere Infektion zuzuziehen, überdurchschnittlich hoch.

DIE LINKE. im Bundestag hatte bereits im Jahr 2009 eine Initiative zur Vermeidung von Krankenhausinfektionen vorgelegt. Es fehlt nach wie vor an einer ausreichenden Berücksichtigung der Hygienebelange, vor allem auch an Hygienefachkräften und vergüteten Präventionsmaßnahmen in Krankenhäusern. ■

Kontakt: Kersten Steinke, MdB, Vorsitzende des Petitionsausschusses, Telefon: (0 30) 2 27-7 33 26, E-Mail: kersten.steinke@bundestag.de

BERICHTE AUS DEM BUNDESTAG

Flächen deckender ÖPNV tut Not:

Spritpreisspirale endlich stoppen

„Die deutliche Kritik des Kartellamtes an der Wettbewerbsverhinderung durch die Ölkonzerne muss endlich Folgen haben. Die Bundesregierung sollte das Kartellamt umgehend per Gesetz in die Lage versetzen, die Benzinpreiserhöhungen verbindlich prüfen und gegebenenfalls zurückweisen zu können. Wir brauchen eine gesetzliche Benzinpreisbremse“, fordert die Bundestagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE., Kersten Steinke.

Berlin. // „Die Bundesregierung schaut seit Jahren zu, wie sich Ölkonzerne und Spekulanten auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger eine goldene Nase verdienen.“

Steinke weiter: „Das Ganze hat mit Marktwirtschaft schon lange nichts mehr zu tun. Das sind reine Abzock-Kartelle, die sich keinerlei Wettbewerb stellen müssen. Warum soll in Deutschland nicht gehen, was in Luxemburg möglich ist, wo die Regierung regelmäßig Höchstpreise für Benzin und andere Kraftstoffe festlegt und damit für angemessene Preise sorgt.“

Die Bundesregierung muss umgehend ein Maßnahmenpaket vorlegen, um die Rohstoffspekulation zu stoppen, Sprit-Preise zu begrenzen und Pendler

zu entlasten. Dazu gehört eine Genehmigungspflicht von Preiserhöhungen, mit der auch die fast schon stündliche Preistreiberei an den Tankstellenketten gestoppt werden könnte. Darüber hinaus muss die Pendlerpauschale endlich in ein Pendlergeld umgewandelt werden, damit die Menschen mit geringeren Einkommen wirksam entlastet werden. Außerdem muss die Entwicklung eines leistungsfähigen öffentlichen Personennahverkehrs ernsthaft und zügig voran getrieben werden. ■

Mehr zum Thema: Die Rede von Klaus Ernst im Deutschen Bundestages zum Thema ist im Internet zu finden: <http://www.youtube.com/user/linksfraktion?feature=mhee#p/u/12/dAreszMYHXE>

***Nicht zu tanken,**
um somit den ständigen
Benzinpreiserhöhungen
zu entgehen, ist gerade
für Millionen von Pendlern
keine Alternative. Sie sind
auf das Auto angewiesen.
Aus diesem Grunde ist es
wichtig, den Öffentlichen
Personennahverkehr als
Flächen deckende Alternative
auszubauen, anstatt gerade
viele Regionalverbindungen
stillzulegen.*

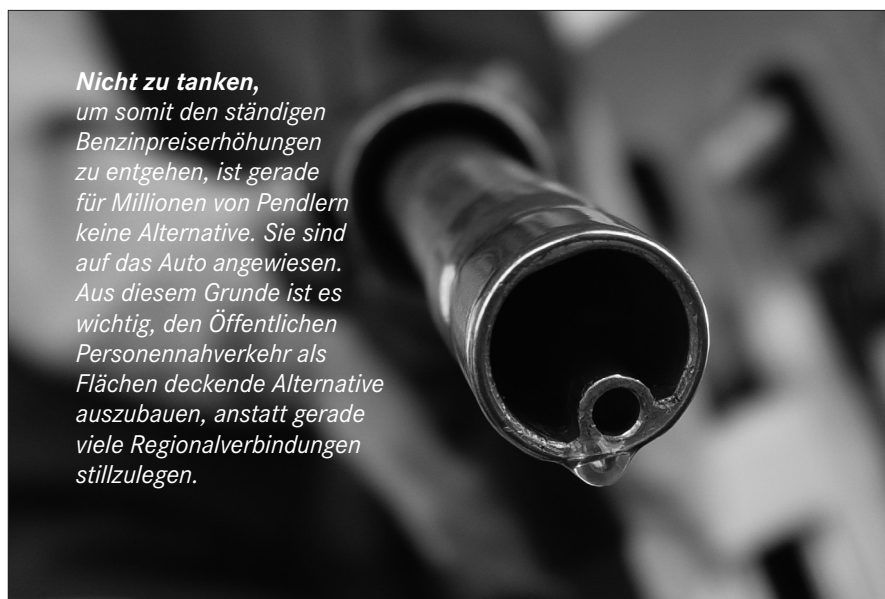


FOTO: © HENNER_P2 (PHOTOCASE.COM)



In einer spannenden Diskussion zu brisantem Thema: Martina Renner, Luc Jochimsen und Frank Tempel (v. r. n. l.)

FOTO: © REINER VON ZGLINICKI

Rechtsradikalismus, NSU-Terror und staatliches Versagen:

Ein Abgrund an Aufklärung

Am Sonntag, den 29. Januar 2012 fand das erste „Café Gedanken Frei“ in diesem Jahr statt. Luc Jochimsen diskutierte mit Martina Renner, MdL und Experte für Rechtsextremismus, und mit Frank Tempel, ehemaliger Polizist und LINKE.-Bundestagsabgeordneter. Aus aktuellem Anlass eine außerordentlich wichtige Veranstaltung!

Weimar. // „Seit dem 4. November fragen wir uns: Wie konnten 13 Jahre lang Neonazis in unserem Land rauben und morden, unentdeckt und nicht verfolgt. Terror, der aus Thüringen kam. Und wir fragen uns weiter: Was haben zweieinhalb Monate Prüfung durch die zuständigen Behörden an Aufklärung gebracht? Und welche Aufgaben kommen auf die nun endlich untersuchenden Parlamente zu?“, so Luc Jochimsen. Bundestagsabgeordneter Frank Tempel berichtete aus seiner langen Erfahrung als Polizist über Ermittlungstechniken und -verfahren. Er entlarvte gezielt die Täuschungen und Halbwahrheiten der staatlich befassten Ämter und Behörden bei den

ersten Verlautbarungen. Tempel warnte in diesem Zusammenhang davor, dass im Zuge der Aufklärung dieser letztlich unfassbaren Verbrechen diese zu einfachen Kriminalfällen degradiert wurden. Eine perfide Ablenkung und Verschleierung gegenüber dem totalen Versagen der staatlichen Institutionen. Das tatsächliche Ausmaß der Verstrickungen tritt in den Hintergrund. So wusste auch Martina Renner viel über die Netzwerke und Verbindungen von Zschäpe, Bönhardt und Mundlos zu berichten. Die linke Politikerin sitzt im neu eingerichteten Untersuchungsausschuss im Thüringer Landtag. Renner fordert „lückenlose Aufklärung ohne parteipolitische

Einflussnahme und ohne Rücksichtnahme auf Befindlichkeiten staatlicher Stellen. Die namentlich bekannten Rechtsterroristen verübten über Jahre hinweg Sprengstoffanschläge und richteten regelrecht Menschen hin ohne dass die Behörden eingegriffen haben. Nur durch das staatliche Versagen und braune Mitwisser sei dieser Terrorismus möglich gewesen“, erklärte sie.

Ein unverzeihlicher Trugschluss vieler Sicherheitsbehörden war das Herunterspielen der Gefahr des latenten braunen Terrors bis hin zur Abrede sowie die irrige Annahme, man könne durch Spitzel des Verfassungsschutzes die Szene von innen „aufweichen“.

Martina Renner forderte und fordert „schonungslose Aufklärung der Hintergründe und Hintermänner, Erstellung eines Moratoriums zur Einstellung der nachrichtendienstlichen Mittel beim Verfassungsschutz, sofortiger Abzug aller Spitzel des Verfassungsschutzes sowie eine unabhängige Untersuchung auch auf Bundesebene.“ Nach der Überzeugung von Martina Renner können diese Verbrechen und Mordfälle nur restlos aufgeklärt werden, wenn der öffentliche Druck so bleibt, bzw. noch steigt! ■ VON REINER VON ZGLINICKI

Der „Fall Köckert“:

Aufschluss zu Blankenhainer Skandalen?

Zur Hausdurchsuchung bei Thüringens Ex-Innenminister Köckert (CDU) und dem Auffinden von zahlreichen Geheimunterlagen, die aus dem Innenministerium stammen sollen, erklärt Stefan Wogawa, Vorsitzender der LINKE-Fraktion im Stadtrat von Blankenhain:

„Der Name Köckert ruft in Blankenhain [...] nicht unbedingt gute Erinnerungen hervor.“ Es bleibe zu hoffen, dass durch die Ermittlungen vielleicht auch mehr Licht in einen Blankenhainer Immobilienskandal gebracht werde, der zur hohen Verschuldung der Stadt beigetragen habe. Wogawa erinnert daran, dass Köckert nach dem Ausscheiden aus seinem Ministeramt Vorstandsvorsitzender einer Immobilienholding geworden sei. Durch Mitarbeiter einer Tochterfirma dieser [...] seien vor Köckerts Beteiligung Kommunen [...] geschädigt worden. Dazu habe auch Blankenhain gehört. Hier waren zwei Personen in der Geschäftsführung der Städtischen Wohnungs- und Aufbaugesellschaft (SWAG) tätig, sie wurden [...] 2001 wegen Missmanagement und unseriöser Geschäftstätigkeit abberufen. Köckert habe allerdings bereits während seiner Amtszeit [...] – immerhin auch für die Kommunen zuständig – an einer Feier einer [...] Tochterfirma der Holding teilgenommen. Wogawa erinnert an einen zweiten Skandal. Es sei trotz eines Landtagsuntersuchungsausschusses [...] ungeklärt, wer seinerzeit den Auftrag zur heimdienstlichen Beobachtung von Kommunalpolitikern der Freien Wähler aus Blankenhain gegeben habe. Klar sei aber, dass ein solcher Auftrag erteilt und ausgeführt wurde. Von [...] Zeugen sei Köckert als Auftraggeber genannt worden. Der habe aber stets bestritten, dafür verantwortlich gewesen zu sein [...]. Vielleicht [...] sei aus den jetzt gefundenen Geheimunterlagen darüber endlich Klarheit zu gewinnen. ■

Diskussion um Neuzuschnitt der Landtagswahlbezirke:

Wahlkreisspiele

Der Stadtteil Weimar-Schöndorf soll im Rahmen der Landtagswahlkreisneuordnung von der Stadt Weimar „getrennt“ und mit im Landkreis aufgehoben, um möglichst gleichgroße Wahlkreise zu schaffen.

Weimar. // Ein Konstrukt, von dem unser Ortschaftsbürgermeister durch Zufall aus der Presse erfuhr. Es scheint ein Versuch, das Versagen der Landesregierung im Umgang mit der Demoskopie am „grünen Tisch“ zu regulieren. „Da es aus mangelnder Courage nicht gelingt, eine Gebietsreform anzugehen, sollen 4 500 Menschen aus dem Verbund der Stadt gelöst werden, um einen Landtagsabgeordneten zu wählen, den sie nicht kennen und dessen Arbeit für den Wahlkreis sie nicht aus eigener Erfahrung einschätzen können. Leider sind in diesem Zusammenhang Wahlversprechen nicht wirklich ernst zu nehmen“, meint Gert Eisenwinder.

Wie wird sich der Landtagsabgeordnete denn verhalten, wenn die Wahl vorbei ist? Wird es ein Wahlkreisbüro in Schöndorf geben? Werden regelmäßige Gespräche gesucht und Unterstützungen für den Ortsteil möglich sein? Fragen, die sich viele Schöndorferinnen und Schöndorfer stellen.

Vermutlich wird die Unterschiedlichkeit der Wähler dazu führen, dass nach der Wahl die Schöndorfer sich wieder als Städter betrachten sollen und der Landkreis in alten Bahnen unter sich bleiben möchte. Das Resümee daraus wäre, 4 500 Menschen werden wie Schafe zu einer Wahl getrieben – ohne die

Möglichkeit, die Kandidaten aus Ihrer Arbeit für den Wahlkreis zu kennen. Und wenn die Wahl erst einmal vorbei ist, fühlt sich der gewählte Abgeordnete nur noch seinem Gewissen und bekannten Strukturen verpflichtet. Die „Neuen“ sollen sich ja erstmal eingewöhnen, wäre ironisch zu formulieren.

Das sind die Bürger von Schöndorf nicht gewohnt! Wir mischen uns ein und haben in den letzten Jahren alle Möglichkeiten genutzt, um städtisches Leben mitzugestalten. Die Angst, dass sich für uns dann keiner mehr zuständig fühlt, hält der Ortschaftsbürgermeister für begründet.

Wenn so bürgernahe Wahlkreise „zusammengeschustert“ werden, wundert Politikverdrossenheit nicht mehr, und auch die Teilnahmeverweigerung an Wahlen ist leichter zu verstehen.

Wir erwarten vor Beschlüssen eine Information oder ein Mitspracherecht! Hier leben Menschen als Stadtteilbewohner der Stadt Weimar und keine Spielfiguren. ■

VON KATHRIN CHRIST-EISENWINDER

Rede im Thüringer Landtag zum Thema:

[http://www.die-linke-thl.de/index.php?id=28481&no_cache=1&tx_ttnews\[tt_news\]=44589&tx_ttnews\[backPid\]=28324](http://www.die-linke-thl.de/index.php?id=28481&no_cache=1&tx_ttnews[tt_news]=44589&tx_ttnews[backPid]=28324)



Zu welchem Wahlkreis die Schöndorfer demnächst gehören, darauf haben sie selber keinen Einfluss. Gewählt wird bald mit dem Landkreis, gewohnt wird weiter in Weimar.

BÜRGERMEISTER-, LANDRATS- UND OBERBÜRGERMEISTERWAHLEN 2012

Die Landeswahlleiterin unserer Partei informiert:

Die Thüringer LINKE. ist für Wahlen 2012 gut aufgestellt

Wenn am 22. April die Wählerinnen und Wähler an die Wahlurnen gerufen werden, entscheiden sie darüber, wer als Landrat, Landrätin, OberbürgermeisterIn oder BürgermeisterIn künftig die Verantwortung tragen wird. Fünfzig Männer und Frauen treten dann auch für DIE LINKE. an.

Erfurt. // Das vergangene Jahr war nicht das erfolgreichste Wahljahr für uns. Auch der Wahlaufakt in Thüringen mit der Landratswahl im Saale-Orla-Kreis hat unsere Erwartungen nicht erfüllt. Für die 16 noch zu wählenden Landräte stellt DIE LINKE. 13 erfahrene Kommunal- und Landespolitikerinnen und -politiker. Im Eichsfeld verzichten wir auf einen eigenen Kandidaten, im Unstrut-Hainich-Kreis und im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt werden die Kandidaten der SPD unterstützt. Wenn es gelingt, mindestens eine Landrätin/

einen Landrat nach der Wahl als Verwaltungsspitze eines Landratsamtes mit dem Mandat der LINKEN. präsentieren zu können, hätte das sicherlich Signalwirkung weit über unsere Landesgrenzen hinaus.

In den kreisfreien Städten Erfurt, Eisenach, Jena und Suhl stellen sich unsere Bewerberinnen zur Wahl als OberbürgermeisterInnen. Mit Michael Menzel, Katja Wolf, Dr. Gudrun Lukin und Holger Auerswald haben sich engagierte Genossinnen und Genossen bereit erklärt, im Wahlkampf um die Stimmen

der BürgerInnen zu ringen. Kerstin Heintz (Eisfeld), Karl Koch (Brotterode-Trusetal), Marianne Reichelt (Neuhaus), Frank Persike (Bad Blankenburg) und Frank Fiebig (Gräfenroda) stellen sich am Wahltag zum wiederholten Mal dem BürgerInnenvotum. Mit ihrem Wiedereinzug in die Rathäuser kann ihre erfolgreiche Arbeit fortgesetzt werden.

Die Unterstützung der LINKEN. für Kandidaten der SPD gibt es nicht zum „Nulltarif“. Beispielsweise wird Andre Ruderisch, unser Kandidat in Ronneburg, vom SPD-Kreisverband unterstützt. Auch im Landkreis Hildburghausen – dort kandidiert Tilo Kummer – kann ein CDU-Landrat verhindert werden, wenn ein rot-rotes Bündnis zustande kommt, spätestens bei der Stichwahl am 6. Mai. Die Entwicklungen in vielen Städten und Gemeinden sowie Landkreisen haben gezeigt, dass es Alternativen zu Privatisierungen, zu erhöhten Gebühren und Beiträgen, zur Schließung von sozialen und kulturellen Einrichtungen gibt.

Dort, wo BürgermeisterInnen mit dem Mandat der LINKEN., wo es starke Fraktionen und engagierte EinwohnerInnen gibt, kann man feststellen: LINKS wirkt. Die Abfallwirtschaft im Ilm-Kreis wird nicht privatisiert, das integrative Schulkonzept zeigt in Jena Erfolge, der Kampf um das Theater Gera-Altenburg hat sich gelohnt.

DIE LINKE. unterbreitet am 22. April nicht nur ein gutes personelles Angebot. Alle Kandidatinnen und Kandidaten stehen für mehr Transparenz, Bürgerbeteiligung, Mitbestimmung und für den Erhalt kommunaler Einrichtungen der Daseinsvorsorge.

Jetzt kommt es darauf an, möglichst viele Wählerinnen und Wähler von den personellen und inhaltlichen Angeboten zu überzeugen. Dazu wird jede Möglichkeit genutzt. Viele Genossinnen und Genossen haben ihre Bereitschaft signalisiert, unsere KandidatInnen im Wahlkampf und natürlich auch am Wahltag zu unterstützen. ■

VON ANKE HOFMANN

Weitere Infos zu den anstehenden Wahlen:

www.die-linke-thueringen.de/wahlen_2012/

Alles im Netz

Immer aktuell und schnell informiert.

The screenshot shows a web browser window with the URL <http://www.die-linke-apolda-weimar.de/>. The page features a navigation menu with items like 'AKTUELL', 'PARTEI', 'FRAKTIONEN', 'ABGEORDNETE', 'MEDATHEK', 'WAHLEN', 'SERVICE', and 'TERMINE'. The main content area displays an article titled 'Weimarer Haushalt 2012' with a sub-headline 'Rede von Dirk Möller im Weimarer Stadtrat'. A search bar is visible on the right side of the page.



*Mit Kleingeld
abspeisen, das
praktiziert die
Landesregierung
gegenüber den
Kommunen in
Thüringen.*

FOTO: © PHOTOCASE.COM

Forderungen der Partei DIE LINKE. Thüringen zu Kommunal финанzen:

Genug gekürzt, Herr Voß!

Die Thüringer Gemeinden und Städte befinden sich seit Jahren in einer Situation, die es ihnen zunehmend erschwert, die gesetzlichen Aufgaben zu erfüllen und durch eigene Leistungsangebote das Leben in den Kommunen lebenswert zu gestalten. Die Ursachen für diese Entwicklung sind vordergründig nicht bei den Kommunen selbst zu suchen. Vielmehr hat das Land Thüringen in den vergangenen Jahren durch willkürliche Kürzungen, intransparente Berechnungen des kommunalen Finanzbedarfs, politisch motivierte Unterstellungen bei den Prognosen zu kommunalen Einnahmen und eine überproportionale Beteiligung der Kommunen an der Konsolidierung des Thüringer Landeshaushaltes diese Krise der kommunalen Haushalte maßgeblich herbeigeführt.

Erfurt. // Dem gesetzlichen Zwang zur Erhöhung der gemeindlichen Grundsteuern und der Gewerbesteuer sind die Thüringer Gemeinden weitgehend nachgekommen, weil sie keine finanziellen Kürzungen bei Landeszuweisungen in den Folgejahren verkraften können. Nunmehr rechnet das Land diese Steuererhöhungen zum Nachteil der Gemeinden und Städte in voller Höhe beim Kommunalen Finanzausgleich an. Diesen Steuererhöhungen sind harsche Diskussionen mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort vorausgegangen. Kein ehrenamtliches Mitglied in den Gemeinderäten und kein Bürgermeister haben diesen zusätzlichen Abgabenbelastungen freien Herzens zugestimmt.

Sicherlich gab es in einzelnen Gemeinden noch Potentiale, die gemeind-

lichen Hebesätze anzupassen, doch dies hätte im Dialog zwischen Landes- und Kommunalpolitik vor Ort diskutiert werden müssen. Anstatt im System des Kommunalen Finanzausgleichs vertikale Anreize zu schaffen, wurde durch die Gesetzesänderung ein enormes Konfliktfeld von der Landes- auf die Kommunalebene herunterdelegiert, dem sich die meist ehrenamtlichen Kommunalpolitiker nicht entziehen konnten.

DIE LINKE. Thüringen fordert das Land auf, sich endlich dem Dialog mit der kommunalen Ebene zu stellen!

Es ist sachlich und fachlich unseriös, die Steuererhöhungen infolge des gesetzlichen Zwangs zur Erhöhung der gemeindlichen Hebesätze erneut für 2012 in Ansatz zu bringen. Bereits mit

dem Kommunalen Finanzausgleich für 2011 hat das Land die zusätzlichen Mehreinnahmen einkalkuliert. Der Kommunale Finanzausgleich für 2012 stellt in diesem Bereich eine Fortschreibung des Vorjahres dar, wobei sich die kalkulierten Steuererhöhungen fortpflanzen. Deshalb würde eine erneute Berücksichtigung der möglichen Steuererhöhungen zu einer Doppelbuchung führen, die real zu einer unsachgerechten Kürzung bei den Kommunen führt.

DIE LINKE. Thüringen fordert das Land auf, auf die doppelte Berücksichtigung der Steuereinnahmen zu verzichten!

Nach wissenschaftlichen Untersuchungen müssten die Thüringer Kommunen

FORTSETZUNG NÄCHSTE SEITE

FORTSETZUNG VON SEITE 9

jährlich rund 1,5 Milliarden Euro in die Unterhaltung ihrer Infrastruktur investieren. Seit fast einem Jahrzehnt beträgt die kommunale Investitionsquote nur gut die Hälfte dessen, was unbedingt erforderlich ist. Damit baut sich ein Investitionsstau auf, der die Leistungsfähigkeit der Kommunen zunehmend bedroht und vorhandenes Vermögen verfallen lässt. Die geringe kommunale Investitionsquote resultiert aber aus dem Unvermögen, den Finanzbedarf der Gemeinden und Städte korrekt zu ermitteln.

Die Kommunen können durch die Mittel investieren, die ihnen zur Verfügung stehen. Die Landesregierung interpretiert den Begriff des Bedarfs schlichtweg falsch. Die Abschaffung der zweckgebundenen kommunalen Investitionspauschale, die insbesondere den Gemeinden und Städten in schwierigen Haushaltslagen geholfen hat, war landes- und kommunalpolitisch falsch.

DIE LINKE. Thüringen fordert das Land auf, die kommunale Investitionspauschale in Höhe von 20 Euro pro Einwohner wieder einzuführen!

Die Kommunen begrüßen die beschlossene und bereits in Anwendung befindliche Ausweitung der Kindertagesstätten. Die im Gesetzgebungsverfahren zugesicherte Ausfinanzierung der neuen gesetzlichen Vorgaben hat nicht stattgefunden. Es bleibt der faktische Umstand, dass die Gemeinden und Städte einen Teil der zusätzlichen Aufwendungen durch erhöhte Eigenmittel und zusätzlich durch höhere Elterngebühren selbst tragen müssen. Ursächlich für diese Entwicklung ist vor allem die intransparente Bedarfsberechnung und Einbeziehung der Kita-Finanzierung in den Kommunalen Finanzausgleich.

DIE LINKE. Thüringen fordert das Land auf, die Mittel für die Kita-Finanzierung separat im Haushalt des zuständigen Kultusministeriums auszuweisen und als besondere Zuweisung zweckgebunden pro Kind an die Gemeinden und Städte auszahlen!

Die finanzielle Ausstattung der Kommunen für sogenannte freiwillige Leistungen hat zwischenzeitlich ein Niveau erreicht, dass es den Gemeinden und

Städten nur noch in Ausnahmefällen ermöglicht, tatsächlich freiwillige Leistungen vorzuhalten.

Das Landesverfassungsgericht hat deutlich gemacht, dass die Gemeinden und Städte neben den Pflichtleistungen auch über ausreichend Mittel für andere Angebote verfügen müssen, die das Leben in den unterschiedlichen Gemeinden auszeichnen. Die verfassungsrechtlich anerkannte Quote von drei bis zehn Prozent des Verwaltungshaushaltes wird durch die fragwürdige Mittelzuweisung des Landes seit Jahren auf das Gröblichste verletzt. Für 2012 soll die Quote nur noch ein Prozent betragen.

Wir fordern das Land auf, sich bei der Bedarfsberechnung der Kommunen an der unteren Grenze von drei Prozent für freiwillige Leistungen zu orientieren!

Die von der Landesregierung beabsichtigte Einführung einer so genannten „kommunalen Reichensteuer“ ist sachfremd. Die strukturellen Verwerfung im Kommunalen Finanzausgleich lassen sich unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht dadurch abmildern, dass einzelne besonders strukturstarke Gemeinden an den Landestopf einen Teil ihrer Steuereinnahmen abführen, um so das Land von seiner Verantwortung gegenüber den Gemeinden und Städten zu entlasten.

DIE LINKE. Thüringen fordert das Land auf, Maßnahmen zu ergreifen, die die kommunale Kooperation befördern und kommunale Konkurrenz verhindern!

Es ist nachvollziehbar, dass das Land die Kommunen ermuntert, im vertret-

**KOMMUNEN
IN NOT!**

**GENUG
GEKÜRZT!**

DIE LINKE.
Fraktion im Thüringer Landtag

Infos // www.kommuneninnot.de

baren Maße ihre eigenen Einnahmen zu verbessern. Dies darf aber letztlich nicht dazu führen, dass eigene kommunale Anstrengungen durch die Wirkungsmechanismen des Kommunalen Finanzausgleichs zunichte gemacht werden. Die beabsichtigte Anhebung der Ausgleichsquote zur Auszahlung der Schlüsselzuweisungen von bisher 70 Prozent auf künftig 80 Prozent halten wir deshalb für kontraproduktiv. Eigene gemeindliche Anreize werden dadurch nivelliert. Es ist zudem zu befürchten, dass mit der Anhebung der Ausgleichsquote insbesondere die kleinen und ineffizienten Strukturen gefördert werden.

DIE LINKE. Thüringen fordert das Land auf, dafür zu sorgen, dass durch die finanziellen Verrechnungen keine ineffizienten Strukturen dauerhaft alimentiert werden!

Bei der Finanzzuweisung des Landes an die Gemeinden und Städte sind die Belastungen besonderer Aufgaben gesondert zu berücksichtigen. Alle Kurstädte und Städte mit Hochschulen erbringen eine besondere landespolitische Leistung, die zusätzliche Aufgaben und damit Kosten in den Kommunen verursachen. Davon profitieren das Land und alle Gemeinden und Städte. Trotzdem werden diese zusätzlichen Kosten nicht bei den Finanzzuweisungen berücksichtigt. DIE LINKE. Thüringen fordert das Land auf, durch eine Veränderung bei der Hauptansatzstaffel den Status der Kurorte und Hochschulstädte gesondert zu würdigen!

Die Finanzierung der übertragenen Aufgaben, die die Kommunen durch gesetzlichen Zwang des Landes erfüllen, ohne sich dagegen wehren zu können, ist nicht gesichert. Obwohl das Land aus verfassungsrechtlichen Gründen verpflichtet ist, die Kosten für die Erbringung dieser Aufgaben zwingend zu übernehmen, wurden die Landesmittel 2011 halbiert. Der Kürzung lagen Datenerhebungen zu Grunde, die nicht nachvollzogen werden können. Die Kommunen wehren sich nicht gegen eine erneute Evaluierung der Kosten. Doch dieses neue Verfahren muss eine Vergleichbarkeit der unterschiedlichen Strukturen ermöglichen.

DIE LINKE. Thüringen fordert das Land auf, den Gemeinden und Städ-

ten die Mittel für die Erbringung der übertragenen Aufgaben zur Verfügung zu stellen, die sie nachweislich benötigen!

Das Land Thüringen kann sich eine weitere Verzögerung bei der unbedingt erforderlichen Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform nicht leisten. Die Gemeinden und Städte haben in den zurückliegenden Jahren im Rahmen der Freiwilligkeitsphase gezeigt, dass sie sich dieser Herausforderung stellen.

Viele sinnvolle Gemeindeneugliederungsmaßnahmen scheiterten allerdings am Unvermögen der Landräte, Zusammenschlüsse über die Kreisgrenzen hinweg zu ermöglichen. Das Blockadeverhalten der Landräte ist durch landespolitische Entscheidungen aufzuheben. Darüber hinaus muss das Land endlich einen verbindlichen Rahmen für eine künftige Neugliederung des Landes vorgeben, an dem sich die kommunale Ebene orientieren kann. Hierbei ist es kontraproduktiv, dass in der gegenwärtigen Phase der Freiwilligkeit die finanzielle Förderung von effizienteren Gemeindestrukturen nicht fortgeführt werden soll.

DIE LINKE. Thüringen fordert das Land auf, sich einer Modernisierung im Zusammenhang mit einer umfassenden Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform nicht länger zu verschließen!

Kommunale Verwaltungen arbeiten heute im Spannungsfeld von Modernität und Tradition. Die wesentlichen Regelungen entstammen einem kommunalen Verwaltungsverständnis, das nicht mehr zeitgemäß ist und den besonderen Anforderungen in den Kommunen nicht gerecht wird. Insbesondere im Bereich des kommunalen Haushaltsrechts müssen die Gemeinden und Städte flexibler agieren können. So wirken sich beispielsweise derzeit die starren Regelungen zur Bewertung der Leistungsfähigkeit hemmend auf die kommunalen Bestrebungen aus, durch zusätzliche Investitionen eine gesteigerte Effizienz bei der Betreibung und Unterhaltung kommunaler Anlagen zu erreichen.

DIE LINKE. Thüringen fordert das Land auf, das kommunale Haushaltsrecht weiter zu flexibilisieren und insbesondere Investitionsvorhaben

zu erleichtern, infolge derer Effizienzgewinne zu Entlastungen in Folgejahren führen!

Die zunehmenden Spannungen in den gemeindlichen Haushalten resultieren aber auch aus der steigenden Last der Kreisumlage. Für die Landkreise stellt die Kreisumlage inzwischen die dominierende Einnahmequelle dar. Dieses ist nicht sachgerecht und widerspricht dem ursprünglichen Zweck der Kreisumlage, nur die besonderen Spitzen von fehlenden Einnahmen abzudecken. Mit einer Reform der aktuellen Landkreise, die nicht bloß die Fusion anstrebt, sondern diese kommunale Ebene grundsätzlich neu ordnet, könnten die Kreise deutlich effizienter werden und somit gleichfalls einen entlastenden Beitrag für die kreisangehörigen Gemeinden leisten.

DIE LINKE. Thüringen fordert das Land auf, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um zumindest einen weiteren Anstieg der Kreisumlage zu verhindern!

Im gesamten Spannungsfeld der kommunalen Haushalte sind letztlich die Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinden und Städte von den politischen Entscheidungen betroffen, indem Leistungen und Angebote eingeschränkt oder eingestellt oder Abgaben erhöht werden. Die Entwicklung der Einkommen der privaten Haushalte erfolgte nicht gleichmäßig mit der Entwicklung der Abgabenlast. Inzwischen stellt die Summe der Abgabenlast ein bedrohliches Potential dar, welches das Vertrauen in Politik und Demokratie beschädigt.

DIE LINKE. Thüringen fordert das Land auf, bei allen Maßgaben zur Erhöhung der kommunalen Abgaben auch die Belastungsgrenze der Einwohnerinnen und Einwohner zu berücksichtigen! ■

VON SASCHA BILAY

Info: Sascha Bilay ist Mitglied des Landesvorstandes der Partei DIE LINKE. Thüringen.

BUNDESPRÄSIDENTINNENWAHL AM 18. MÄRZ 2012

Das „Interview der Woche“ auf der Internetseite www.linksfraktion.de:

»Beate Klarsfeld ist für das Amt des Bundespräsidenten hervorragend geeignet.«

Beate Klarsfeld hat sich seit 1968 durch ein konsequentes Vorgehen gegen das Nazitum und andere Feinde der Demokratie verdient gemacht. DIE LINKE. schlägt sie als Kandidatin für das Amt der Bundespräsidentin vor. Ulrich Maurer, stellvertretender Fraktionsvorsitzender, begründet im Interview, warum Joachim Gauck für DIE LINKE. nicht wählbar ist: »CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne haben einen Kandidaten vorgeschlagen, der gleich ihrem politischen Verständnis für den unregulierten Finanzmarktkapitalismus, das Hartz-IV-System und für Kriegseinsätze steht. Wir stehen an der Seite der Wählerinnen und Wähler, die sich eine Politik wünschen, die sich an den Sorgen der Menschen orientiert.«



*Beate Klarsfeld
eingeholt von den
Bundesvorsitzenden
Gesine Löttsch und
Klaus Ernst sowie
dem Vorsitzenden
der Bundestagsfraktion
Gregor Gysi*

FOTO: © FRANK SCHWARZ

Ob in Deutschland, Polen, Frankreich oder Südamerika setzte sie sich dafür ein, dass ehemalige Nazis verurteilt wurden. Somit trägt sie noch heute dazu bei, dass auch viele ungesühnte Straftaten nicht in Vergessenheit geraten. Deswegen schlugen wir sie auch 2009 für das Bundesverdienstkreuz vor. Ein Vorschlag der 2007 schon einmal von Außenminister Joschka Fischer abgelehnt wurde. Während sie in Frankreich durch Präsident Mitterrand zum Ritter der Ehrenlegion ernannt wurde, blieb unser Vorschlag auch unter Außenminister Westerwelle 2011 verwehrt. In unseren Augen ist sie für das Amt des Bundespräsidenten hervorragend geeignet.

Über Joachim Gauck wird 2012 mehr diskutiert als 2010: Was sind für DIE LINKE. die entscheidenden Gründe, ihn abzulehnen?

Joachim Gauck steht für eine Politik, die wir als Linke nicht vertreten können: Er findet Sarrazin und Kriegseinsätze in Ordnung, kämpft für die unkontrollierbaren Finanzmärkte, rechtfertigt das menschenverachtende Hartz-System und macht sich über die Aktivisten der Occupy-Bewegung lustig. Er ist ein wortgewaltiger Redner, der durch seine Wortwahl bewusst provoziert, spaltet und Menschen herabsetzt. Eine solche Person ist für DIE LINKE. als Bundespräsident nicht wählbar. ■

INTERVIEW: WWW.LINKSFRAKTION.DE

DIE LINKE. hat sich entschieden, eine eigene Kandidatin aufzustellen: Was waren letztlich die Gründe dafür?

CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne haben einen Kandidaten vorgeschlagen, der gleich ihrem politischen Verständnis für den unregulierten Finanzmarktkapitalismus, das Hartz-IV-System und für Kriegseinsätze steht. In den letzten sechs Jahren war DIE LINKE. die einzige Partei im Bundestag, die sich gegen diese Politik gestellt hat. Wir stehen an der Seite der Wählerinnen und Wähler, die sich eine Politik wünschen, die sich an den Sorgen der Menschen orientiert und nicht nach den Bedürfnissen von

Unternehmen richtet. Deswegen war es für uns auch eine logische Folge, eine eigene Kandidatin zu nominieren, die gegen die neoliberale Allianz für eine soziale Politik steht.

Was qualifiziert Beate Klarsfeld für das Amt?

Beate Klarsfeld hat sich seit 1968 durch ein konsequentes Vorgehen gegen das Nazitum und andere Feinde der Demokratie verdient gemacht. Erst durch ihre Aktionen wurde vielen jungen Menschen klar, wie sehr der Herrschaftsapparat der BRD auf die Kollaboration mit ehemaligen Nazis aufbaute.

Nachricht I:

Weg mit den Strafgeldern für Kranke!

Angesichts der Milliardenüberschüsse und Rücklagen bei Gesundheitsfonds und Kassen erklärt die stellvertretende Vorsitzende der Partei DIE LINKE., Katja Kipping:

„Dass sich nun viele der Forderung der LINKEN zur Abschaffung der Praxisgebühren und Zuzahlungen für Kranke anschließen, ist sehr zu begrüßen. Die Strafgeldern für Kranke müssen endlich weg.“ ■

Nachricht II:

Den Kahlschlag bei „Schlecker“ verhindern!

„Die Kanzlerin darf nicht zusehen, wie Schlecker 12000 Arbeitsplätze vernichtet und 3000 Filialen schließt“, fordert der gewerkschaftspolitische Sprecher im Parteivorstand der LINKEN., Michael Schlecht. Er fordert:

„Merkel muss jetzt schnell staatliche Bürgschaften und Kredite bereitstellen, um die Arbeitsplätze unter den Bedingungen des jetzigen Tarifvertrags zu erhalten. Die Belegschaft muss Eigentumsrechte entsprechend der Höhe der öffentlichen Hilfen erhalten. Nur wenn das weitgefächerte, dezentrale Filialnetz im Grundsatz erhalten bleibt, hat Schlecker eine Chance. Schon jetzt sind 300 000 Verkäuferinnen in Deutschland arbeitslos. Die Bundesregierung darf nicht zulassen, dass die Schlecker-Beschäftigten zu Hartz-IV-Empfängerinnen werden.“ ■

Hinweis: Weitere Nachrichten aus dem Bundesvorstand sind im Internet unter www.die-linke.de nachzulesen.

Bundesregierung beschließt Kürzung der Solarförderung:

Energiepolitik wird entdemokratisiert

„Rösler und Röttgen sollen endlich zugeben, dass ihr Ziel die komplette Abschaffung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes ist“, erklärt Dorothee Menzner, energiepolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE., zum Kabinettsbeschluss der Absenkung der Solarvergütung.

Berlin. // Die Bundestagsabgeordnete Menzner weiter: „Der Vorrang für Erneuerbare Energien wird nun erstmals seit Bestehen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) in Teilen abgeschafft. Das ist nicht überraschend, denn immerhin ist dies noch die gleiche Bundesregierung, die dümmlich versucht hat, den Menschen die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken als Meilenstein der Energiewende anzudrehen. Die Penetranz, mit der der Wirtschaftsminister auf das EEG einschlägt und mit der der Umweltminister die Solarförderung abschafft, sind mit genau der gleichen zielgerichteten Klientelpolitik für die Energiekonzerne zu erklären.“

Denn alles, was mit der Energiewende an sozialen, ökologischen und demokratischen Errungenschaften einhergeht, läuft den Interessen von profitorientierten Monopolstrukturen zuwider und muss deshalb von einer christlich-liberalen Regierung verhindert werden.

Bei der ersten Kürzungswelle für die Solarvergütung gab es noch eine Wochen andauernde Diskussion, wie der Vertrauensschutz mit Übergangsregelungen über mehrere Monate ausgestal-



tet werden soll. Der Bundesrat musste dafür den Vermittlungsausschuss anrufen, um dem Treiben der Regierung Einhalt zu gebieten. Jetzt sind wir bereits bei wenigen Tagen und keinen Übergangsregelungen angelangt. Dazu kommt das Ansinnen, die Vergütungen aller Erneuerbaren Stromsorten zukünftig am Bundestag vorbei per Verordnungen absenken zu wollen. Was hier deutlich wird, ist eine krasse Entdemokratisierung der Energiepolitik zugunsten der Energiekonzerne. Die Frage ist, wie lange sich solche Arroganz der Macht ohne Widerstand durch die Bevölkerung durchsetzen lässt.“



FOTO: © WWW.LINKSFRAKTION.DE

BERICHTE AUS DEM LANDKREIS

Diskussion um Neuzuschnitt der Landtagswahlbezirke:

Dr. Brendel von der CDU und seine Sozialkompetenz

Der Kreistag Weimarer Land verabschiedete, wie bereits mehrfach erwähnt, am 1. Dezember vergangenen Jahres einen für die sozialen Träger verhängnisvollen Haushalt.



Unser Kandidat für Apolda: Michael Schade

Apolda. // Nun wird – leise, still und zumindest beabsichtigt heimlich – Ordnung geschaffen. So sollte ein im Jahre 1992 vom Landkreis mit der Suchthilfe in Thüringen (srt) geschlossener Vertrag aufgehoben werden. Der Titel war (bewusst) weg gelassen worden. Nachdem ich ein paar deutliche Worte zu diesem Thema im Namen der Linksfraktion fand – mit der Bemerkung, diesem Antrag nicht zustimmen zu können –, fühlte sich Herr Dr. Brendel, seines Zeichens Vorsitzender des Sozialausschusses!, bemüht, mir zuerst (und völlig niveaulos) Wahlkampf vorzuwerfen.

Das würde ja alles gar nicht stimmen, was ich gesagt hätte, und überhaupt wolle ich doch nur auf dem Rücken der Betroffenen Wahlkampf machen. Ich

konnte mir allerdings nicht so richtig erklären, woher Herr Dr. Brendel seine Weisheiten hat. Während ich bei vielen Trägern entsprechenden Einladungen gefolgt bin und vor Ort von den Betroffenen sowie Mitarbeitenden deren Sorgen und Nöte vernehmen konnte, wurde Dr. Brendel nicht gesehen. So klein ist er ja nun auch wieder nicht, dass man ihn hätte übersehen können – so, wie mich auch nicht.

Herr Dr. Brendel sprach also wie der sprichwörtliche „Blinde von einem Rembrandt“. Ich stelle mir nun vor, was wäre, wenn Herr Dr. Brendel den Mut gehabt hätte, mit den Betroffenen zu kommunizieren. Nun ja, so, wie ich die Betroffenen erlebt habe, wäre das für Herrn Dr. Brendel eine recht mulmige Angelegenheit geworden.

Wenn ich richtig darüber nachdenke, wäre das sicher – die Betroffenen mögen mir verzeihen – eine vielleicht etwas amüsante Veranstaltung, für die ich sogar ein paar Euro Eintritt bezahlen würde – oder auch spenden.

Ach ja, das mit dem Wahlkampf. Da muss ich natürlich Herrn Dr. Brendel doch etwas Recht geben. Als Bürgermeisterkandidat interessiert mich sehr wohl, wenn die soziale Infrastruktur in der Kreisstadt platt gemacht wird. Und da bin ich wieder beim Amtsinhaber. Herr Eisenbrand fand es nicht wichtig, sich dazu zu positionieren – eigentlich schade – aber dafür trete ich ja an. ■

VON MICHAEL SCHADE

Hinweis: Weitere Nachrichten aus dem Landkreis sind auf unserer Seite im Internet zu finden: www.die-linke-apolda-weimar.de

Neumitglieder

Herzlich willkommen!

Ein herzliches Willkommen unseren neuen Mitgliedern in unserem Kreisverband.

31. Januar 2012
Jäger, Hannes
16 Jahre, Weimar

1. Februar 2012
Bock, Benjamin
19 Jahre, Niederrimmern

Der Kreisvorstand nimmt diese Eintrittserklärungen zur Kenntnis und gibt diese mit der Veröffentlichung entsprechend der Bundessatzung § 2, Abs. 2, parteiöffentlich bekannt.

Ihre Spende für unsere Kandidaten

Sparkasse Mittelthüringen
KONTO: 301 013 608
BANKLEITZAHL: 820 510 00
STICHWORT: Spende WK 2012

Ethik & Moral in der Politik

DISKUSSIONSVERANSTALTUNG

Michael Hasenbeck
Richter am Sozialgericht Gotha

Edelbert Richter
langjähriges SPD-MdB,
jetzt Mitglied der Partei DIE LINKE.

Donnerstag,
15. 3. 2012 // 18 Uhr

Stadtbücherei, Gewölbekeller,
Steubenstraße, Weimar

Eintritt
frei

**Protest-
Aktionen am
1.5.12
in Weimar**

NAZI AUFM 'ARSCHE STOPPEN!

Mehr Infos // über das BgR Weimar, www.bgr-weimar.de, weimar-gegen-rechts@web.de

NACHRUF

Wir trauern um unseren Genossen

Karl Schnallinger

Er verstarb am 10. Februar 2012 nach einem kampfereichen Leben. Mehr als 31 Jahre hielt Karl unserer Partei die Treue. Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Mitglieder der Basisorganisation Bad Sulza des Kreisverbandes Apolda/Weimar der Partei DIE LINKE.

GLÜCKWÜNSCHE



Wir gratulieren:

Geburtstage im April

2. April 2012

Walter Plicht (Weimar) – 81

3. April 2012

Peter Niebling (Weimar) – 60

5. April 2012

Hans-Ulrich Schneider (Weimar) – 82

7. April 2012

Josef Nedorost (Weimar) – 88

8. April 2012

Gertrud Laufer (Blankenhain) – 86

9. April 2012

Erika Wroblewski (Weimar) – 60

11. April 2012

Armin Eggert (Bad Sulza) – 77

Gerhard Schachtschabel
(Blankenhain) – 77

17. April 2012

Helga Fritzlar (Weimar) – 72

18. April 2012

Elvira Teschke (Apolda) – 88

23. April 2012

Christel Rothmann (Weimar) – 85

Martin Röseler (Berlstedt) – 82

24. April 2012

Brigitte Dittes (Kranichfeld) – 68

25. April 2012

Lisa Röthig (Weimar) – 82

Michael Kraemer (Weimar) – 69

27. April 2012

Heidrun Sedlacik (Weimar) – 60

30. April 2012

Regina Druschke (Apolda) – 75

Wir gratulieren allen Jubilarinnen
und Jubilaren ganz herzlich!

STADTRÄTE WEIMAR

- Dienstag, 13. 3. 2012 // 17–18 Uhr**
Dirk Möller, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. im Weimarer Stadtrat, Vorsitzender des Kulturausschusses
- Dienstag, 20. 3. 2012 // 17–18 Uhr**
Jana Körber, Mitarbeiterin der Stadtratsfraktion DIE LINKE. Weimar, Jugendhilfeausschuss-Mitglied
- Dienstag, 27. 3. 2012 // 15–16 Uhr**
Elke Heisler, Mitglied im Seniorenbeirat der Stadt Weimar
- Dienstag, 3. 4. 2012 // 17–18 Uhr**
Harald Freudenberg, Mitglied im Bau- und Umweltausschuss
- Dienstag, 10. 4. 2012 // 17–18 Uhr**
Dirk Möller, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. im Weimarer Stadtrat, Vorsitzender des Kulturausschusses

Ort: Büro der Stadtratsfraktion Weimar,
Goetheplatz 9b, 99423 Weimar

FRAKTION WEIMAR

- Montag, 12. 3. 2012 // 19 Uhr**
Dienstag(!), 20. 3. 2012 // 19.30 Uhr
Montag, 26. 3. 2012 // 19.30 Uhr

Ort: Gasthof „Zur Sonne“, Rollplatz, Weimar,

TERMINE

- Mittwoch, 7. 3. 2012 // 15 Uhr**
Feier zum 8. März, Basisorganisation Weimar-West, Deutsch-Russische Freundschaftsgesellschaft, Volkssolidarität, Mehrgenerationenhaus Weimar-West
- Donnerstag, 8. 3. 2012 // 19 Uhr**
Veranstaltung der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Weimar und des Kreisverbandes DIE LINKE. Apolda/Weimar zum Internationalen Frauentag: Szenische Lesung mit musikalischen Zwischentönen, ein tolles Buffet und Musik von DJane Schuchi, D.A.S.-Jugendtheater im „stellwerk“
- Freitag, 9. 3. 2012 // 16 Uhr**
Beratung des Landesvorstandes, Geschäftsstelle DIE LINKE. Thüringen, Eugen-Richter-Straße 44, Erfurt

Wahlkämpfe # 2012

Wir brauchen Deine Hilfe!

Der Wahlkampf um die Ämter der Bürgermeister in Apolda und Blankenhain und das des Landrates im Weimarer Land tritt nun in die heiße Phase. Wahlplakate sind aufzuziehen und auszubringen, Infostände zu besetzen und nicht zuletzt wollen wir unsere Kandidaten in jedem Haushalt bekannt machen. Unsere Strukturen im Weimarer Land brauchen deshalb die Solidarität aller.

Also Genosse, raus aufs Land!

Melde dich in der Geschäftsstelle und trage dich ein. Wir bieten frische Luft und gute Laune. Der Dank und das Bewusstsein, für das Richtige gearbeitet zu haben, sind euch gewiss!

Frank Lange
KREISVORSITZENDER

DIE LINKE.
Kulturstadt Weimar

www.die-linke-apolda-weimar.de

TERMINE

- Montag, 12. 3. 2012 // 19 Uhr**
Beratung der Fraktion DIE LINKE. im Weimarer Stadtrat, Gasthof „Zur Sonne“, Rollplatz, Weimar
- Donnerstag, 15. 3. 2012 // 18 Uhr**
„Ethik und Moral in der Politik“, Diskussionsveranstaltung mit Michael Hasenbeck (Richter am Sozialgericht Gotha) und Edelbert Richter (langjähriges SPD-MdB, jetzt Mitglied der Partei DIE LINKE.), Gewölbekeller der Stadtbücherei Weimar, Steubenstraße, Eintritt frei
- Freitag, 16. 3. 2012 // 16 Uhr**
Beratung des Landesvorstandes, Geschäftsstelle DIE LINKE. Thüringen, Apolda (genauen Ort bitte erfragen!)
- Dienstag, 20. 3. 2012 // 19.30 Uhr**
Beratung der Fraktion DIE LINKE. im Weimarer Stadtrat, Gasthof „Zur Sonne“, Rollplatz, Weimar
- Mittwoch, 21. 3. 2012 // 16–19 Uhr**
Friedensfest. Gemeinsam mit dem Iranhaus Weimar organisieren wir an diesem Tag – dem Iranischen Neujahrsfest – rund um das Hafis-Denkmal auf dem Beethovenplatz in Weimar ein Friedensfest zur Völkerverständigung.
- Montag, 26. 3. 2012 // 19.30 Uhr**
Beratung der Fraktion DIE LINKE. im Weimarer Stadtrat, Gasthof „Zur Sonne“, Rollplatz, Weimar
- Mittwoch, 28. 3. 2012 // 17.45 Uhr**
Sitzung des Weimarer Stadtrates, AZURIT-Seniorenzentrum, Weimar-Schöndorf
- Samstag, 31. 3. 2012 // 10 Uhr**
Gesamtmitgliederversammlung des Kreisverbandes DIE LINKE. Apolda/Weimar (genauer Ort wird noch rechtzeitig bekannt gegeben!)
- Montag, 2. 4. 2012 // 18 Uhr**
Mitgliederversammlung des Ortsverbandes DIE LINKE. Apolda, Klub „Alma Liebscher“, Apolda
- Dienstag, 3. 4. 2012 // 19 Uhr**
Beratung des Kreisvorstandes des Gebietsverbandes „links.BÜRO“, Marktstraße 17, Weimar

Infos: »links.BÜRO«, Marktstraße 17, Weimar,
E-Mail: die-linke-apolda-weimar@t-online.de,
Telefon: (0 36 43) 20 26 45